



Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken

**Antrag zum Bundesausschuss
in Oer-Erkenschwick
1.- 2. März 2008**

Antragsteller: Bundesvorstand

Betrifft: Für den aktiven Kampf gegen Demokratieabbau und
Militarisierung

Der Bundesausschuss möge beschließen:

1 Im Verlauf der letzten Jahre müssen wir eine neue Qualität in der Einschränkung unserer
2 Grundrechte und im Umbau des staatlichen Sicherheitsapparats erleben:
3 Immer öfter stoßen Vorschläge aus dem Innenministerium zur vermeintlichen
4 Terrorismusabwehr auf fruchtbaren Boden. Behauptet wird, dass sie dem Schutz von Freiheit
5 und Demokratie dienen. Stattdessen führen sie aber durch die Beschneidung und Aushöhlung
6 elementarer Grund- und Freiheitsrechte in einen Überwachungsstaat, dessen Bestand unter
7 anderem durch den Einsatz der Bundeswehr im Inneren gesichert werden soll. Damit einher
8 geht eine immer aggressivere, wirtschafts- machtpolitisch begründete Außenpolitik.
9

10 Wir wissen, dass die bürgerliche Demokratie uns nicht das Maß an gleichberechtigter Teilhabe
11 aller bieten kann, das wir wollen. Durch die Einschränkung unserer Grundrechte wird der
12 Widerstand gegen eine falsche und ungerechte Politik aber immer schwieriger. Der Umgang mit
13 den Demonstrationen und Aktivitäten rund um den G8-Gipfel, zeigen die gefährlichen
14 Entwicklungen auf. Die „präventiven“ Festnahmen unmittelbar im Vorfeld des G8-Gipfels, aber
15 auch die im Nachgang gerichtlich für unrechtmäßig erklärten Ermittlungsverfahren der
16 Bundesstaatsanwaltschaft, sind Zeichen dafür, dass die Unschuldsvermutung ausgehöhlt wird.
17 Während der Schutz der Privatsphäre nach und nach abgeschafft wird, zieht der Gesetzgeber
18 gleichzeitig die Maschen der staatlichen Rasterfahndung immer enger. Bereits einfache,
19 harmlose Tatbestände, wie zum Beispiel häufiger Besuch aus dem Ausland, reichen aus, um
20 als potentielle Terroristin oder potentieller Terrorist verdächtigt zu werden.
21

22 **Freiheit statt Überwachung!**

23 Das von der Verfassung garantierte Recht des/der Einzelnen, unkontrolliert zu kommunizieren,
24 ist Grundvoraussetzung einer offenen demokratischen Gesellschaft. Dieses Recht wird mit der

25 zunehmenden Überwachung der Bevölkerung missachtet. Alleine die Befürchtung einer
26 Überwachung führt zu einer gesamtgesellschaftlichen Befangenheit in der Kommunikation und
27 zu Verhaltensanpassungen.

28 Das Bundeskriminalamt hat durch die Föderalismusreform grundsätzlich Präventivbefugnisse
29 erhalten, die mittlerweile in den Bereichen Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung,
30 Online-Durchsuchungen von Privatcomputern sowie Rasterfahndungen konkretisiert wurden.
31 Biometrische Kennzeichen und Funkchips in Personalausweisen und Reisepässen erleichtern
32 die Kontrolle der Bevölkerung. Mit Maßnahmen wie dem 2007 beschlossenen Gesetz zur
33 Vorratsdatenspeicherung schränkt der Staat zunehmend das Recht auf informationelle
34 Selbstbestimmung ein, indem er Firmen verpflichtet immer größere Datenmengen über die
35 Bevölkerung anzuhäufen und den staatlichen Behörden zur Verfügung zu stellen. In der
36 Zuspitzung führt diese Vorratsdatenspeicherung zu einer Profilerstellung über die Kunden durch
37 die Unternehmen. Durch das Ausländerzentralregister, das alle Nichtdeutschen und ihre
38 deutschen Angehörigen, alle Ausgewiesenen und an den Grenzen Zurückgewiesenen erfasst,
39 wird nicht nur ein großer Teil der Bevölkerung diskriminiert, sondern auch ein Modell für die
40 Erfassung aller Menschen in Deutschland vorgehalten.

41
42 Gleichzeitig wird die Videoüberwachung des öffentlichen Raums seit Jahren intensiviert und die
43 Ausweitung des Verwendungszwecks vorhandener Daten zur Prävention gefordert; erste
44 PolitikerInnen diskutieren schon offen darüber, ob die Videoaufzeichnungen zur Kontrolle der
45 LKW-Maut auf Autobahnen nicht auch zur Verbrechensbekämpfung genutzt werden sollten. In
46 der Praxis zeigen allerdings erste Studien, dass diese weder gewalttätige Übergriffe verhindern
47 noch zu besseren Ermittlungsergebnissen führen. Die staatliche Präventiv-Überwachung lässt
48 sich nicht mit der Vorstellung eines freien und selbstbestimmten Lebens vereinbaren. Wir
49 fordern daher die Einstellung der Vorratsdatenspeicherung und die Löschung der erhobenen
50 Daten, sowie das Unterbinden jeglicher Form der Überwachung.

51 Nachrichtendienstliche Tätigkeiten beruhen auf der geheimen Beschaffung von Informationen
52 über Dritte ohne deren Wissen, häufig in der Grauzone der gesetzlichen Bestimmungen und
53 jenseits einer transparenten öffentlichen Kontrolle. Dies verstößt aus unserer Sicht gegen die
54 Grundwerte einer freien demokratischen Gesellschaft. Die Antiterrordatei von Geheimdiensten
55 und Polizei sowie die zurzeit noch verfassungswidrigen Einsätze der Bundeswehr im Inland
56 (z.B. bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006) tragen dazu bei, ein grenzenloses Kontroll- und
57 Unterdrückungssystem aufzubauen, das den jeweils Herrschenden für ihre Zwecke zur
58 Verfügung steht. Deshalb treten wir für ein klares Verbot nachrichtendienstlicher Tätigkeiten
59 jeglicher Art ein. Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten muss
60 aufrechterhalten und darf nicht angetastet werden. Beschäftigte in sogenannten
61 lebenswichtigen oder verteidigungswichtigen Bereichen verlieren ihren Arbeitsplatz und damit
62 ihre Existenzgrundlage, wenn sie in den Verdacht der Unzuverlässigkeit geraten, also z.B.
63 Mitglied oder Unterstützerin einer linken Organisation sind.

64 *Zahlreiche Asylwiderrufsverfahren werden auf die Antiterrorgesetze gestützt und führen*
65 *dazu, dass bisher anerkannten Flüchtlingen die Abschiebung in Verfolgerstaaten droht.*
66 *Das ist ein weiterer Schritt zur Entrechtung der Flüchtlinge in Deutschland.*

67 Alle diese Maßnahmen sind nicht geeignet, terroristische Anschläge zu verhindern. Ihr Ziel ist
68 vielmehr die möglichst lückenlose Kontrolle der Bevölkerung. Das führt dazu, dass jeder
69 Widerstand gegen Ausbeutung und ungerechte Politik kriminalisiert und unterdrückt werden
70 kann. Unser Einsatz für eine sozialistische Gesellschaft wird durch die sogenannten
71 Antiterrormaßnahmen riskanter und schwieriger.

72
73 **Keine Bundeswehreinätze im Ausland und im Inneren**
74 Der Einsatz von SoldatInnen schafft nirgends auf der Welt Frieden. Vielmehr gefährdet der
75 Einsatz der Streitkräfte bei Hilfseinsätzen, die traditionell von humanitären Organisationen
76 ausgeübt wurden, deren neutrale Stellung. Zudem wird beispielsweise im „*Weißbuch zur*
77 *Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*“ (Oktober 2006) offen
78 benannt, dass wirtschaftliche Interessen und Machtpolitik über den Einsatz der Bundeswehr im
79 Ausland bestimmen. Die Aufgaben der Bundeswehr werden ausgedehnt auf strategische

80 Einsätze zur Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung, freier Transportwege und des
81 ungehinderten Welthandels sowie zur Abwehr unkontrollierter Migration.
82 Interessengeleitete Machtpolitik stellt eine klare Abkehr vom reinen Verteidigungsauftrag der
83 Bundeswehr dar. Die militärische Fixierung der Sicherheitspolitik vernachlässigt zwangsläufig
84 die sozialen Ursachen von Kriegen und Terrorismus. Gefordert ist eine Politik, die im höheren
85 Maße auf Kooperation, Ausgleich und Kompromiss bei internationalen Konflikten und der
86 Verteilung ökonomischen Reichtums ausgerichtet ist.
87 Darüber hinaus wird die herkömmliche Sicherheitsstruktur der BRD, mit der präzise
88 Rechtszuschreibungen und Friedens-/Kriegs-Kategorisierungen verbunden waren, gegenwärtig
89 aufgeweicht: Bei der Bewältigung nicht-militärischer Bedrohungen und bei Auslandseinsätzen
90 sei die Bundeswehr auf Unterstützung angewiesen; Umgekehrt solle die Bundeswehr laut
91 Weißbuch polizeiliche Aufgaben im Inneren übernehmen, da die zivilen Sicherheitsbehörden
92 angesichts der neuartigen Bedrohungen überfordert seien.
93
94 Wir lehnen den Einsatz von Streitkräften grundsätzlich ab, eine Militarisierung der Außenpolitik
95 geht mit einer Militarisierung der Innenpolitik und Demokratieabbau Hand in Hand. Wir fordern:
96
97 - *Keine Militarisierung von Innen- und Außenpolitik!*
98 - *Kein weiterer Abbau von demokratischen Grund- und Freiheitsrechten!*
99 - *Stopp der Ausweitung von polizeilichen Befugnissen!*
100 - *Für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit!*
101 - *Rücknahme aller sogenannter Antiterrormaßnahmen und –gesetze!*
102

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

sonstiges: